



Info

Vor Spitzengespräch lautstarke Proteste der Beschäftigten vor der Staatskanzlei

Proteste gehen weiter

Unmittelbar vor Beginn des gemeinsamen Spitzengespräches zwischen DGB und DBB mit der Landesregierung haben rund 1.000 Landes- und Kommunalbeschäftigte am 17. November 2010 vor der Staatskanzlei lautstark gegen die überzogenen Kürzungspläne der Landesregierung im Haushaltsjahr 2011 protestiert. **Dass die zahlreichen Polizeibeschäftigten dabei eine deutlich wahrnehmbare Gruppe bildeten, freut uns sehr.**

In einem harten, aber sachlichen Dialog haben beide Seiten ihre Positionen nochmals bekräftigt. Dabei haben die Gewerkschaften die Kürzungspläne von rund 30 Millionen € für den öffentlichen Dienst abgelehnt und von der Landesregierung ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept für den öffentlichen Dienst bis 2019 eingefordert. Insbesondere forderten die Gewerkschaften die Landesregierung auf, bei der Konsolidierung des Landeshaushaltes verstärkt den Blick auf die Verbesserung der Einnahmenseite zu richten. Aus Gewerkschaftssicht ist es unerlässlich, die soziale Schieflage durch die Einführung einer Vermögenssteuer, einer Börsenumsatzsteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer bei großen Erbschaften sowie eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auszugleichen. Über

ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Dienst will die Landesregierung mit DGB und DBB in 2011 reden, wenn die Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission vorliegen. Der Ministerpräsident bekräftigte, bei allen notwendigen Sparüberlegungen bei den Beschäftigten immer die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse im Blick zu behalten. Erreicht haben die Gewerkschaften, dass bei der Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst für zwei Jahre geringfügige Abmilderungen gegenüber dem Gesetzesentwurf vorgenommen werden. Auch wird das Saarland Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bleiben und von sich aus keinen Notlagentarifvertrag anstreben. Über die weitere Einkommensentwicklung bei den Beamten will die Landesregierung in 2011 entscheiden. Nach diesem bescheidenen Gesprächsergebnis werden die Protestaktionen von DGB und DBB jetzt in Richtung Landesgesetzgeber weiter erhöht. Die GdP konzentriert sich dabei auf den **Di., 7. Dezember 2010, 8 – 10 Uhr**, wenn im Landtag der Haushalt 2011 verabschiedet wird. Wir werden hierüber noch gesondert informieren.

Der Landesvorstand